

## SELOR

BUREAU DE SELECTION DE L'ADMINISTRATION FEDERALE

[2013/205854]

Directeur général (m/f) politique de mobilité durable et ferroviaire pour le SPF Mobilité et Transports (ANG13726). — Erratum

*Cette sélection est déjà parue dans le Moniteur belge du 11 octobre 2013.*La date limite d'inscription de la fonction est prolongée jusqu'au **4 novembre 2013**. Le règlement de sélection est disponible sur le site [www.selor.be](http://www.selor.be)

## SELOR

SELECTIEBUREAU VAN DE FEDERALE OVERHEID

[2013/205854]

Directeur-generaal "Duurzame Mobiliteit en Spoorbeleid" (m/v) voor de FOD Mobiliteit en Vervoer (ANG13726). — Erratum

*Deze selectie is reeds verschenen in het Belgisch Staatsblad op 11 oktober 2013.*De uiterste inschrijvingsdatum van de functie werd verlengd tot **4 november 2013**. Het selectiereglement is beschikbaar op de site [www.selor.be](http://www.selor.be)

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2013/00676]

**30 MARS 2009.** — Circulaire ministérielle NPU-3 relative à l'approbation des plans d'urgence et d'intervention provinciaux. — Traduction allemandeLe texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la circulaire NPU-3 du Ministre de l'Intérieur du 30 mars 2009 relative à l'approbation des plans d'urgence et d'intervention provinciaux (*Moniteur belge* du 9 septembre 2009).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2013/00676]

**30 MAART 2009.** — Ministeriële omzendbrief NPU-3 betreffende de goedkeuring van de provinciale nood- en interventieplannen. — Duitse vertalingDe hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de omzendbrief NPU-3 van de Minister van Binnenlandse Zaken van 30 maart 2009 betreffende de goedkeuring van de provinciale nood- en interventieplannen (*Belgisch Staatsblad* van 9 september 2009).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2013/00676]

**30. MÄRZ 2009** — Ministerielles Rundschreiben NPU-3 über die Billigung der provinziellen Noteinsatzpläne  
Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Rundschreibens NPU-3 des Ministers des Innern vom 30. März 2009 über die Billigung der provinziellen Noteinsatzpläne.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

**30. MÄRZ 2009** — Ministerielles Rundschreiben NPU-3 über die Billigung der provinziellen NoteinsatzpläneAn die Frauen und Herren Provinzgouverneure und an den Gouverneur des Verwaltungsbezirks  
Brüssel-Hauptstadt

Sehr geehrte Frau Gouverneurin,

Sehr geehrter Herr Gouverneur,

In Artikel 2<sup>ter</sup> des Gesetzes vom 31. Dezember 1963 über den Zivilschutz und Artikel 32 des Königlichen Erlasses vom 16. Februar 2006 über die Noteinsatzpläne wird die Billigung der provinziellen Pläne durch den Minister des Innern vorgesehen. In Erwartung dieser Billigung sind die alten Pläne weiter anwendbar.

Mit vorliegendem Rundschreiben werden das Verfahren und die Kriterien für die Billigung festgelegt, damit eine einheitliche Behandlung der verschiedenen provinziellen Pläne gewährleistet wird.

Zunächst möchte ich klarstellen, dass in Artikel 32 des vorerwähnten Königlichen Erlasses nicht zwischen allgemeinen und besonderen Noteinsatzplänen unterschieden wird. Jede Art Plan muss mir also zur Billigung vorgelegt werden. Die Billigung wird darauf beschränkt sein zu überprüfen, ob der Plan den festgelegten Kriterien entspricht. Die Beurteilung des operativen Charakters des Plans in den verschiedenen Notsituationen, die sich ereignen könnten, obliegt dem provinziellen Sicherheitsbüro. Aus diesem Grund wird in den Bedingungen für die Zulässigkeit der Pläne nach der genauen Zusammensetzung des provinziellen Sicherheitsbüros gefragt, dessen multidisziplinärer Charakter gewährleistet sein muss.

Ich habe die Generaldirektion Krisenzentrum mit der Billigung Ihrer Noteinsatzpläne betraut.

Das Billigungsverfahren besteht aus mehreren Phasen, die nachstehend erläutert werden:

Übermittlung der Noteinsatzpläne

Die provinziellen Pläne sind mir sowohl auf Papier als auch elektronisch zu übermitteln.

Untersuchung der Zulässigkeit

Um zulässig zu sein, muss der Plan:

- vom Provinzgouverneur datiert und unterzeichnet sein,
- die genaue Zusammensetzung des provinziellen Sicherheitsbüros, das den Plan ausgearbeitet hat, enthalten, einschließlich der Sachverständigen (1),
- eine Erläuterung der Methode, nach der die multidisziplinäre Koordination zur Abfassung des Plans durchgeführt worden ist, enthalten.

Die beiden letztgenannten Informationen müssen in der Einleitung des Plans enthalten sein.

Die Entscheidung, ob ein Plan zulässig ist oder nicht, wird schriftlich notifiziert.

Falls der Plan nicht zulässig ist, ist es möglich, die erforderlichen Berichtigungen vorzunehmen. Die Frist zwischen der Zustellung des Schreibens über die Unzulässigkeit und der Entgegennahme des angepassten Plans beträgt höchstens zwei Monate.

Untersuchung zur Sache

Ist der Plan für zulässig befunden worden, wird eine Untersuchung zur Sache vorgenommen.

Die Untersuchung zur Sache erfolgt anhand einer Reihe Beurteilungskriterien, die in drei Kategorien unterteilt sind.

Beurteilungskriterien:

a) Allgemeine Beurteilung

Die allgemeine Beurteilung des Plans erfolgt insbesondere in Bezug auf die Kohärenz der Methodik und in Bezug auf die Struktur, Genauigkeit und Klarheit des Plans.

b) Formelles Kriterium

Für die allgemeinen Noteinsatzpläne wird nachdrücklich empfohlen, die im Rundschreiben NPU-2 vorgeschlagene Struktur zu übernehmen, damit eine Harmonisierung und bessere Lesbarkeit der Noteinsatzpläne gewährleistet ist.

c) Inhaltliches Kriterium

1. Inhaltlich müssen die Pläne den Vorschriften des Königlichen Erlasses vom 16. Februar 2006 über die Noteinsatzpläne sowie den eventuell anwendbaren Erlassen und Rundschreiben entsprechen, sowohl hinsichtlich der Terminologie als auch bezüglich der Grundprinzipien, unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der verschiedenen Behörden und Dienste.

Der Plan muss mindestens folgende Angaben enthalten, wie sie in den Artikeln 26 und 27 des vorerwähnten Königlichen Erlasses festgelegt sind:

«Die Noteinsatzpläne umfassen mindestens:

1. die allgemeinen Informationen über die betreffende Provinz oder Gemeinde, wie:
  - a) Übersicht über die betreffenden Funktionen,
  - b) Verzeichnis der Risiken,
  - c) Liste der föderalen, provinziellen und kommunalen Dienste und der Mittel, die sie einsetzen können,
  - d) Liste der Informationszentren, der spezialisierten Dienste und ihrer Mittel,
2. die Verfahren zur Alarmierung der zuständigen Behörde, der Verantwortlichen der verschiedenen Disziplinen sowie der potenziell betroffenen Behörden und Dienste,
3. die einzusetzenden Kommunikationsmittel und das anzuwendende Kommunikationsschema,
4. die Modalitäten zur Auslösung, Unterteilung und Verstärkung der Phasen,
5. die Organisation der Einsatzkoordination und strategischen Koordination,
6. die Organisation der Information der Bevölkerung und der Geschädigten,
7. die Modalitäten für die Organisation der Übungen sowie deren Häufigkeit,
8. die Methode der Fortschreibung der NEP,
9. die Modalitäten und Mittel zur Beförderung, Aufnahme und Unterbringung der Geschädigten im Fall einer Evakuierung,
10. die Musterberichte und -formulare, in denen Informationen über eine Notsituation erteilt werden und die Notsituation bestätigt und ihr Ende angekündigt wird, sowie das Musterformular für das Tagebuch.

Die besonderen Noteinsatzpläne umfassen mindestens:

1. eine Beschreibung des betreffenden Risikos und die Festlegung der Noteinsatzplanungszone,
2. die besonderen Einsatzmittel,
3. die Personalien der Personen, die spezifisch vom Risiko betroffen sind,
4. die Unfallabläufe und die Einsatzverfahren für jeden Unfallablauf,
5. die Organisation der Einsatzkoordination,
6. die Maßnahmen zum Schutz der Personen und Güter,
7. die eventuellen Standorte der PC-Ops,
8. die Art und Weise der Information und die Verfahren zur Information der Hilfsdienste und der Bevölkerung,
9. die Bestimmung der Disziplin, in der die Funktion des Dir-PC-Ops ausgeübt wird.

Die besonderen Noteinsatzpläne in Bezug auf ein lokalisiertes Risiko umfassen außerdem:

1. die geographische Lage der Einrichtung oder Stätte,
2. die allgemeinen Angaben über die betreffende Einrichtung oder das betreffende Risiko:
  - a) die allgemeinen Informationen über die Tätigkeiten der Einrichtung und insbesondere über die mit ihrer Tätigkeit verbundenen Risiken sowie das Verzeichnis der gefährlichen Produkte oder Tätigkeiten,
  - b) die Liste der verantwortlichen Personen und ihre Personalien,
  - c) die einrichtungseigenen Hilfsmittel,
3. die Noteinsatzplanungszone, einschließlich:
  - a) der Einrichtung von Sperrbereichen,

b) der relevanten geographischen, demographischen und wirtschaftlichen Faktoren,

c) der anderen Risikoeinrichtungen und -tätigkeiten.»

2. Die Anwendbarkeit des Plans bei sofortiger Auslösung einer föderalen Phase und beim Übergang von der provinziellen zur föderalen Phase sowie das Vorhandensein der Informationen, die für den Bereitschaftsdienst des föderalen Krisenzentrums nützlich sind (2), werden geprüft.

3. Die zur Fortschreibung des Plans vorgesehene Methode und deren Periodizität sind ebenfalls Gegenstand der Beurteilung. Daher müssen im Plan Datum und Methode der Fortschreibung aufgeführt sein.

4. Der Plan wird zudem im Vergleich mit dem vorherigen Plan beurteilt. Die bei der vergangenen Beurteilung gemachten Bemerkungen werden erneut analysiert.

5. Der Plan muss mit den nationalen Noteinsatzplänen übereinstimmen.

Entscheidung

Der Plan ist gebilligt, wenn er die obigen Kriterien erfüllt.

Die Generaldirektion Krisenzentrum kann zusätzliche Informationen beziehungsweise aufgrund bestimmter Bemerkungen eine Anpassung des Plans verlangen.

Die Frist zwischen der Zustellung des Schreibens, das die Bemerkungen enthält und/oder auf fehlende Elemente verweist, und der Entgegennahme des angepassten Plans beträgt höchstens drei Monate. Ist der angepasste Plan nicht binnen dieser Frist zugestellt worden oder ist der Plan nicht auf zufriedenstellende Weise angepasst worden, wird er nicht gebilligt.

Entspricht der Plan einem oder mehreren wesentlichen Kriterien nicht, wird er nicht gebilligt.

Die Entscheidung wird durch einen Ministeriellen Erlass getroffen.

Bekanntgabe der Entscheidung

Die Entscheidung wird Ihnen schriftlich übermittelt. Bitte informieren Sie das provinzielle Sicherheitsbüro hierüber.

Anpassungen

Jede nach Billigung des Plans erfolgte Änderung ist mir schriftlich mitzuteilen, unter genauer Angabe der geänderten Punkte.

Mit freundlichen Grüßen

G. DE PADT

Minister des Innern

#### Fußnoten

(1) Name, Funktion und Dienst/Einrichtung, dem/der die Person angehört.

(2) Zum Beispiel: die Kontaktdaten der Personen und Dienste, die das Krisenzentrum sowohl in der Alarmphase als auch in der Phase der Bewältigung einer Notsituation kontaktieren kann, und die zu verwendenden Kommunikationsmittel (Telefon, Fax, Videokonferenz, E-Mail usw.).

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2013/00691]

**18 OCTOBRE 2013.** — Circulaire relative à l'inscription des citoyens des Etats membres de l'Union européenne résidant en Belgique comme électeurs et, le cas échéant, comme candidats, pour l'élection du Parlement européen du dimanche 25 mai 2014. — Erratum

Dans la circulaire précitée qui a été publiée au *Moniteur belge* du 22 octobre 2013, le quatrième paragraphe du deuxième tiret du Chapitre A. Dépôt de la demande, doit être abrogé (page 75115).

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2013/00691]

**18 OKTOBER 2013.** — Omzendbrief betreffende de inschrijving van de burgers van de lidstaten van de Europese Unie, die in België verblijven, als kiezers en, in voorkomend geval, als kandidaten voor de verkiezing van het Europees Parlement op zondag 25 mei 2014. — Erratum

In bovenvermelde omzendbrief, die is bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad* van 22 oktober 2013, dient onder Hoofdstuk A. Indienen van de aanvraag, bij het tweede streepje de vierde paragraaf te worden opgeheven (pagina 75115).

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL EMPLOI, TRAVAIL ET CONCERTATION SOCIALE

[2013/205671]

**Adaptation au 1<sup>er</sup> janvier 2014 des montants de rémunération prévus par la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail à l'indice général des salaires conventionnels pour employés (article 131)**

L'indice général des salaires conventionnels pour employés s'élevant à 185,9 pour le troisième trimestre 1984 (base 1975 = 100) et à 143,69 pour le troisième trimestre 2013 (base 1997 = 100), les montants de rémunération prévus par la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail seront adaptés au 1<sup>er</sup> janvier 2014 selon la formule suivante :

$$\frac{143,69}{185,9 \times 0,51362 \times 0,736756}$$

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST WERKGELEGENHEID, ARBEID EN SOCIAAL OVERLEG

[2013/205671]

**Aanpassing op 1 januari 2014 van de loonbedragen bepaald bij de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten aan het algemene indexcijfer van de conventionele lonen voor bedienden (artikel 131)**

Gezien het algemene indexcijfer van de conventionele lonen voor bedienden voor het derde trimester 1984 was vastgesteld op 185,9 (basis 100 in 1975) en voor het derde trimester 2013 143,69 (basis 100 in 1997) bedroeg, worden op 1 januari 2014 de loonbedragen bepaald bij de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten aangepast volgens de volgende formule :

$$\frac{143,69}{185,9 \times 0,51362 \times 0,736756}$$